

Studie

Negative Strompreise nehmen zu

[12.06.2014] Eine aktuelle Studie des Beratungsunternehmens Energy Brainpool zeigt: Negative Strompreise an den Strombörsen nehmen zu. Schuld ist die Inflexibilität konventioneller Kraftwerke.

97 Stunden negative Strompreise verzeichnete die deutsch-französische Strombörse EPEX zwischen Dezember 2012 und Dezember 2013. Bis zum Jahr 2022 könnte die Zahl auf rund 1.000 Stunden jährlich anwachsen – mit entsprechend höheren Belastungen der Stromkunden. Zu diesem Schluss gelangt eine Studie des Beratungsunternehmens Energy Brainpool im Auftrag der Initiative Agora Energiewende. Demnach haben die Verbraucher allein in den Jahren 2012/2013 rund 90 Millionen Euro mehr für die Förderung der erneuerbaren Energien zahlen müssen. Schuld trägt laut der Studie die Inflexibilität der Braunkohle- und Kernkraftwerke: Bei einem hohen Angebot von Strom aus Windkraft und Photovoltaik lassen sie sich nicht für wenige Stunden ausschalten. Das An- und Abfahren wäre für die Kraftwerksbetreiber teurer als die Inkaufnahme von negativen Strompreisen, bei denen die Kraftwerksbetreiber dann für die Abnahme des Stroms zahlen. Zudem trage der wärmeorientierte Betrieb von Anlagen aus Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen zur Entwicklung negativer Strompreise bei: Bei einem Überangebot von Strom könnten sie nicht vom Netz genommen werden, weil damit die Wärmelieferungen gefährdet würden. Zudem würden etliche Kraftwerke aus Gründen der Systemstabilität selbst dann laufen, wenn der von ihnen erzeugte Strom vom Markt gar nicht gebraucht wird. „Die Studie zeigt, dass es höchste Zeit für ein Flexibilitätsgesetz ist“, sagt Patrick Graichen, Direktor vom Institut Agora Energiewende. „Damit können Barrieren, die einem flexibleren Kraftwerksbetrieb auch regulatorisch entgegenstehen, abgebaut werden.“ So sollten etwa erneuerbare Energien Systemdienstleistungen übernehmen oder Verbraucher ihren Strom aus erneuerbaren Energien verlagern. „Ohne ein flexibleres Stromsystem drohen an immer mehr Tagen negative Strompreise“, so Graichen. „Für die Stromverbraucher könnte das über die steigende EEG-Umlage zu zusätzlichen Belastungen führen.“

(ma)

Stichwörter: Politik, Agora Energiewende